



DOKUMENTATION

DER

RUNDEN TISCHE

2005

vorgelegt von
Barbara Weigl und Carola Schaaf-Derichs
Treffpunkt Hilfsbereitschaft
Landesfreiwilligenagentur Berlin

Inhaltsverzeichnis

1. Runder Tisch 2005 26.09.2005 Seite 3

„Migration und Integration als Aufgabenfeld
für Bürgerschaftliches Engagement“

2. Runde Tisch 2005 02.11.2005 Seite 10

„Wirkungen von Hartz IV auf Freiwilliges Engagement“

3. Runde Tisch 2005 20.02.2006 Seite 20

„Strukturatlas Bürgerschaftliches Engagement in Berlin“

Dokumentation des 1. Runden Tisches 2005

„Migration und Integration als Aufgabenfeld für Bürgerschaftliches Engagement“

<u>Veranstalter:</u>	Treffpunkt Hilfsbereitschaft
<u>Koordination:</u>	Barbara Weigl und Carola Schaaf-Derichs
<u>Moderation:</u>	Carola Schaaf-Derichs
<u>Patin:</u>	Ulker Radziwill, MdA, SPD-Fraktion
<u>Referent/in:</u>	Filiz Müller-Lenhartz, AWO Begegnungszentrum Kreuzberg Dr. Kurt Anschütz, Bürgerstiftung Neukölln i.G.
<u>Ort:</u>	Berliner Abgeordnetenhaus
<u>Datum:</u>	26. September 2005, 17:00 bis 19:20 Uhr

1. Begrüßung und Einführung durch Frau Radziwill, MdA und Frau Schaaf-Derichs

Frau Radziwill (MdA, SPD-Fraktion) betont die Wichtigkeit des Themas dieses Runden Tisches, das bereits in der „Berliner Charta für Bürgerschaftliches Engagement“ aufgeführt worden ist. Die Berliner Charta für Bürgerschaftliches Engagement wurde zum Ende des Jahres 2004 als Ausdruck eines gemeinsamen Selbstverständnisses zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Berlin verabschiedet und ist mittlerweile von über 100 Akteuren des Berliner Freiwilligensektors unterzeichnet worden. Die Patin betonte, dass es jetzt darum gehe, dem guten Vorsatz Taten folgen zu lassen, dafür sei der lebendige Austausch und eine bessere Vernetzung zwischen den Projekten und der politischen Ebene wichtig. Dieser Runde Tisch soll einen Anfang in diese Richtung machen. Frau Radziwill sah die Wichtigkeit dieses Austauschs aufgrund der großen Resonanz an der Veranstaltung bestätigt.

2. Impulse aus dem Projektalltag

Frau Müller-Lenhartz (AWO Begegnungszentrum Kreuzberg) stellte die Arbeit des interkulturellen Begegnungszentrums der Arbeiter Wohlfahrt in der Adalbertstraße in Kreuzberg vor. Zur Veranschaulichung der Aktivitäten, die vom Begegnungszentrum aus organisiert werden, zeigte sie eine digitale Fotopräsentation, die die bereits mehrfach durchgeführte Aktion: „Das bunte Kreuzberg putzt seinen Kiez“ vorstellt. Die Aktion wurde im Rahmen des Ersten Berliner-Freiwilligen-Tages 2001 initiiert und seitdem ein bis zweimal jährlich durchgeführt. Es beteiligten sich alle Altersgruppen,

insbesondere aber Ältere und Kinder sowie zahlreiche Migranten/innen aus unterschiedlichen Herkunftsländern an der Aktion.

Frau Müller-Lenhartz betonte, dass neben dem Säubern und Aufräumen der Straßen, die Kommunikation der Aktiven untereinander, aber auch mit unbeteiligten Kiezbewohnern/innen und Geschäftsleuten entscheidend sei. Zu den Aktionen werden politisch Verantwortliche des Bezirks eingeladen, um eine direkte Ansprache für die Migranten/innen zu ermöglichen. Frau Müller-Lenhartz bezeichnete die persönliche Ansprache als die wichtigste Zugangsmöglichkeit für Migranten/innen. Da das Zentrum schon fast 30 Jahre existiere und sie selbst seit nahezu 20 Jahren in der Begegnungsstätte arbeite, seien gewachsene Strukturen entstanden, die ein Vertrauensverhältnis zu den Gästen entwickelt habe. Dabei sei die Muttersprachlichkeit in Wort und Schrift ein elementarer Zugangsweg, um Kiezbewohner/innen unterschiedlicher Herkunft anzusprechen.

Herr Dr. Anschütz (Bürgerstiftung Neukölln i.G) stellte die Bürgerstiftung Neukölln vor, die sich derzeit in Gründung befindet. Dr. Anschütz erläuterte, dass das Neuköllner Stiftungsprojekt zur "Bürgerstiftungs-Bewegung" zähle. Diese Form der Übernahme gemeinsamer Verantwortung von Bürgerinnen und Bürgern für ihr Gemeinwesen habe in den letzten Jahren in Deutschland stark zugenommen. In den USA und Kanada habe das Modell der "Community Foundations" eine lange und erfolgreiche Tradition.

Dr. Anschütz Bürgerstiftungen beschrieb die Zielsetzung der Bürgerstiftungen als eine Gemeinschaftsaufgabe von Bürgerinnen und Bürgern eines Ortes, die - finanziell und parteipolitisch unabhängig und auf gemeinnütziger Basis - zur Lösung gesellschaftlicher Probleme ihres Wohnorts beitragen und ihr Lebensumfeld aktiv mitgestalten wollen. Um dieses Engagement finanziell abzusichern, tragen die Bürgerstiftungen Stiftungskapital zusammen. Das Kapital selbst bleibe unangetastet, seine Erträge aber sichern auch noch zukünftigen Generationen finanzielle Möglichkeiten zum eigenen Gestalten. Zur Entstehung der Bürgerstiftung Neukölln erklärte Dr. Anschütz, dass die Initiative von einigen Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur, Kirche und Politik ausging, die sich für eine Aufwertung des Bezirks Neukölln einsetzten. Bis Ende August diesen Jahres hatten sich mehr als 77 Stifter mit finanziellen Beiträgen, ab jeweils 500 €, engagiert: Es handelte sich dabei um

Einzelpersonen, Unternehmen, Migrantenvereine, Kirchengemeinden, Schul- und Mietergemeinschaften.

Dr. Anschütz betonte, dass Neukölln zu den ärmsten Bezirken Berlins zähle, sein Reichtum aber in seinem internationalen und multikulturellen Charakter liege. Zu den Zielen der Neuköllner Stiftung zählen die Ermöglichung der Teilhabe aller Menschen vor Ort an der Gestaltung ihres Lebensumfelds und die Förderung eines respektvollen Miteinanders. Die Stiftung möchte eine Plattform für Menschen werden, die sich für ihren Bezirk engagieren.

Zusammen mit den Migrantengemeinschaften will sie neue multi-ethnische Gemeinwesenstrukturen schaffen. Ausdrücklich lädt sie daher Migrantinnen und Migranten zur Mitarbeit und zum Mitstiften ein.

Ein Beispiel für die bisherige Stiftungsarbeit konnte Dr. Anschütz bereits vorweisen. So förderte die Stiftung in Schulen mit hohem Anteil von türkisch/arabisch muttersprachlichen Schülern/innen - in Neukölln sind es oft über 70 Prozent – die Theaterarbeit als eine besonders wichtige Lernform. Um diese Theaterarbeit in Neukölln dauerhaft zu unterstützen, wird die Bürgerstiftung jährlich einen Grundschul-Theaterpreis verleihen.

Des Weiteren hatte die Bürgerstiftung Neukölln im Jahr 2004 erstmals den Neuköllner Bürgerpreis verliehen. 39 Initiativen und Vereine hatten sich um den mit 2000 € dotierten Preis beworben. Etwa 500 Kinder aus 20 Theatergruppen Neuköllner Schulen präsentierten Stücke, die zumeist von ihrem multikulturell geprägten Alltag handelten. Der Pokal ging an das Musical "Straßenkinder" der Konrad-Agahd-Grundschule, fünf weitere Gruppen wurden mit Preisen ausgezeichnet.

3. Diskussion

Frau Zabel (Caritas Verband Migrationsdienst) wies darauf hin, dass Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund am schwierigsten in bürgerschaftliches Engagement einzubeziehen seien. Kinder sind gut ansprechbar und fungierten als Integrationshelfer. Es brauche charismatische Persönlichkeiten, die sich in der Arbeit als Kulturvermittler engagierten, da noch ein großes Misstrauen auf beiden Seiten vorhanden sei und es keine Tradition des bürgerschaftlichen Engagements von Migranten/innen in Deutschland gebe.

Frau Schibath (Freie Hilfe, Berlin) fragte, wie man Zugang zu Migranten/innen finden könne. Darauf antwortete Frau Müller-Lenhartz, dass nach ihrer Erfahrung die persönliche Ansprache über Multiplikatoren der beste Weg sei und eine Sensibilisierung bei Migranten/innen und Deutschen Bedingung für die Mitarbeit in einem multiethnischen Projekt sei.

Frau Radziwill (MdA, SPD-Fraktion) gab zu bedenken, dass Sensibilisierung für bürgerschaftliches Engagement ein dynamischer Prozess sei, der Zeit und Geduld brauche um Vertrauen zu entwickeln.

Frau Bofinger (Deutsch Russischer Austausch) betonte, dass es wichtig sei, bürgerschaftliches Engagement im Sinne des Integrationspotentials zu betrachten und nicht nur zu bewerten, was die Migranten/innen für andere in ihrer Community machen.

Frau Forner (Landesbeirat für Migration und Integrationsfragen) erklärte, dass Migranten derzeit ein Modethema seien. Bürgerschaftliches Engagement in den Migranten-Community wäre ein selbstverständlicher Bestandteil des Lebens und eine Tradition, ohne die das Leben der Migranten/innen in den Communities nicht funktionieren könnte. Von jeher war Selbsthilfe Pflicht. Frau Forner hob die Wichtigkeit von „Mischkulturen“ in der Engagementförderung hervor. Es dürfe nicht nur innerhalb einer Kultur bürgerschaftliches Engagement gefördert werden. Entscheidend sei auch welche Generation angesprochen werden soll. Die älteren Migranten/innen sind oft sehr offen und dankbar für Engagementangebote, da sie

keine beruflichen Perspektiven mehr haben und auf diese Weise ihr Wissen und ihre Erfahrung einbringen können.

Frau Jantzen (Bündnis 90/Die Grünen, gesundheits- und sozialpolitische Sprecherin) fragte nach den Formen der politischen Partizipation, wie sie im Thesenpapier von Prof. Dr. Straßburger vorgestellt werden. Nach ihren Worten geben es in diesem Bereich kaum Modelle und zu wenig Offenheit. Sie sagte, dass es notwendig sei zu prüfen, wo wir neue Beteiligungsformen und neue Formen der Ansprache und des Austausches bräuchten.

Herr Gömüsay (Kumulus –Arbeit und Bildung e.V.) stellt heraus, dass es Vorbilder für die Jugend von Seiten der Migranten/innen und der Deutschen geben müsse. Er nannte als ein gutes Beispiel für die Kooperation von Migranten/innen und Deutschen das „Kiezbündnis Klausener Platz“ in Charlottenburg

Frau Ganama (Al Nadi – Nachbarschaftsheim Schöneberg) berichtete über die große Resonanz bei ihrem Nachhilfeprojekt für Schüler/innen im Nachbarschaftsheim Schöneberg, die nicht deutsch als Muttersprache sprechen. Ihrer Erfahrung nach seien Personen, die direkt angesprochen werden, Deutsche wie auch Migranten/innen in den allermeisten Fällen dazu bereit, sich für die Nachhilfe von Schülern/innen nicht deutscher Herkunft zu engagieren.

Frau Oels (Senatskanzlei Berlin) sprach sich für ein regionales Wahlrecht für nicht EU-Bürger/innen aus. Sie habe die Erfahrung gemacht, dass sich Migranten/innen als (Ver-)Mittler zwischen den Kulturen auch für Deutsche, die bspw. neu nach Berlin kommen engagieren können. Berlin müsse als kosmopolitische Metropole stärker wertgeschätzt werden, da sie diese transkulturellen Lernmöglichkeiten anbietet.

Herr Sarides (Community Channel Europe e.V.) betonte, dass bürgerschaftliches Engagement einerseits Menschen brauche, die sich engagieren, aber andererseits auch Geld gebraucht werde, um gute Rahmenbedingungen für Freiwillige zu schaffen.

Frau Nahandi (Migrationsbeauftragte des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg) wies den Vorwurf, Migranten/innen beteiligten sich nicht oder zu wenig an bürgerschaftlichem Engagement, zurück. Es müssten erst die Ursachen für diese Zurückhaltung geprüft werden. Sie stellte die Frage in den Raum, welche Beteiligungsformen Migranten/innen bräuchten. Sie forderte, die Beteiligungsfreundlichkeit der politischen Prozesse selbstkritisch zu überprüfen.

Frau Neu (Integrationszentrum „Harmonie“) sprach sich für eine nachhaltige Anerkennungskultur für das bürgerschaftliche Engagement aus. Freiwillige sollten dementsprechend als Anerkennung zu den Runden Tisch eingeladen und angehört werden.

Herr Heeb (Nachbarschaftsheim Neukölln) war der Meinung, dass eine gesellschaftliche Beteiligung auch von Migranten/innen nachgefragt werde und nicht nur von einem mittelschichtorientierten, deutschen Klientel. Er bestätigte die Aussage von Frau Neu, dass die adäquate d.h. auf die spezifische Zielgruppe zugeschnittene Anerkennung, Grundlage für die Beteiligung an bürgerschaftlichem Engagement sei.

Herr Piening (Integrationsbeauftragter des Berliner Senats) stellte fest, dass es einen Überfluss von Engagement der Migranten/innen gebe, dies aber nicht wahrgenommen und als „Engagement zweiter Klasse“ im gesamtstädtischen Sinne abgewertet werde. Bürgerschaftliches Engagement werde kritisch gesehen, da es professionelle Arbeit verdränge. Migranten/innen haben vielfältige Erfahrungen der Ausgrenzung gemacht und ziehen sich daraufhin zurück. Das zentrale Thema sei die Verbesserung der Beteiligungsformen. Als ein Beispiel könne der Landesbeirat Migration genannt werden. Es müsse die Frage nach einer Quotierung für Migranten/innen gestellt werden. Durch eine Öffnung der Beteiligungsformen könne insbesondere in den bisher eher ausgegrenzten Bereichen, wie bspw. in einigen Seniorengremien und -organisationen die Partizipation von Migranten/innen erreicht werden.

Herr Trillmich (Drogennotdienst) erklärte, dass bürgerschaftliches Engagement von Migranten/innen eine große Ressource und ein Bindeglied zwischen den Kulturen sei, die stärker genutzt werden sollte.

Frau Villbrandt (Bündnis 90/Die Grünen, Abgeordnetenhaus) betonte, dass es ihrer Einschätzung nach nicht zu viel bürgerschaftliches Engagement gebe und daher eine gezielte Förderung immer noch nötig sei. Die Frage der finanziellen Unterstützung müsse an die politische Ebene gestellt werden. Die Forderung nach bürgerschaftlichem Engagement von Migranten/innen darf kein einseitiger Prozess sein, da diese in keiner Bringschuld stünden. Ihre Erfahrung sei, dass sich die Politik auf der Praxisebene zurück ziehe und daher stärker für die Unterstützung von Projektbegleitungen gefordert werden müsse.

3. Resümee

- Freiwilliges Engagement von Migranten/innen gibt es vielfach in den eigenen Communities, dies werde von der Öffentlichkeit jedoch nicht als bürgerschaftliches Engagement wahrgenommen.
- Zukünftig gilt es „Mischkulturen“ in der Engagementförderung zu entwickeln, so wie es im vorgestellten Beispiel des AWO-Begegnungszentrums praktiziert wird.
- Für die Gewinnung von Migranten/innen ist die persönliche Ansprache die effektivste Zugangsmöglichkeit. Andere Formen wurden als wenig erfolgreich dargestellt.
- Das Ziel einer Engagementförderung von Migranten/innen müsse eine Vielfalt von Beteiligungsformen bewirken. Bis hin zu der Frage nach einer Quotierung für Migranten/innen in kommunalen Gremien. Durch adäquate Beteiligungsformen könnten, insbesondere in den bisher eher ausgegrenzten Bereichen wie bspw. im Seniorenbereich, Migranten/innen angesprochen werden.
- Engagementförderung von Migranten/innen wurde als wichtiger politischer Auftrag formuliert. Die Frage der finanziellen Unterstützung von Engagementpolitik für Migranten/innen muß daher auf der politischen Ebene beantwortet werden.

Dokumentation des 2. Runden Tisches 2005

„Wirkungen von Hartz IV auf Freiwilliges Engagement“

<u>Veranstalter:</u>	Treffpunkt Hilfsbereitschaft
<u>Koordination:</u>	Barbara Weigl und Carola Schaaf-Derichs
<u>Moderation:</u>	Carola Schaaf-Derichs
<u>Pate:</u>	Rainer-Michael Lehmann, MdA, FDP-Fraktion
<u>Referent/in:</u>	Dr. Ansgar Klein, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
<u>Ort:</u>	Berliner Abgeordnetenhaus
<u>Datum:</u>	02. November 2005, 17:00 bis 19:00 Uhr

1. Begrüßung und Einführung

durch Frau Carola Schaaf-Derichs, Treffpunkt Hilfsbereitschaft und Herrn Rainer-Michael Lehmann, MdA, FDP-Fraktion

Herr Lehmann wünscht sich für diesen Runden Tisch eine Erhellung der Fragen, inwiefern die Wirkungen von Hartz IV auf Freiwilliges Engagement tatsächlich real gegeben ist.

In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte kritisch zu diskutieren. Durch Hartz IV sind finanzielle Vorteile für die Wohlfahrtsverbände gegeben, wenn sie MAE-Kräfte statt Freiwillige engagierten. Dabei entsteht die große Gefahr eines Verdrängungsprozesses, der sich negativ für das bürgerschaftliche Engagement auswirkt.

Nach Worten von Herrn Lehmann sind die unterschiedlichen Motivationen für die Arbeit der MAE-Kräfte, bzw. der Freiwilligen für ihr Engagement ausschlaggebend. In dieser Differenzierung liegt die Gefahr der Einteilung in verschiedene „Klassen“ von Freiwilligenarbeit, was einer Engagementbereitschaft von Freiwilligen ebenfalls abträglich ist.

2. Beitrag Dr. Ansgar Klein (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement)

Dr. Klein schildert die Erfahrungen des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) mit der Frage der Engagementverträglichkeit von Hartz IV. Bereits Anfang 2004 wurde vom BBE darauf aufmerksam gemacht. Dabei stieß das BBE auf Unverständnis, sogar in den Reihen der eigenen Mitgliedsorganisationen, da die Relevanz der Frage nicht gesehen wurde. Vorrangiger wurde der Aspekt der Erwerbsarbeitsneutralität erachtet. Im BBE sind die Wohlfahrtsverbände, die Hartz IV in großem Maßstab umsetzen, vertreten. Diese räumen ein, dass im Bereich der niedrig qualifiziert Beschäftigten durch MAE-Kräfte Verdrängungsmechanismen zu erwarten sind. Die andere Seite der Verdrängung Freiwilliger durch MAE-Kräfte wurde bis dato nicht ernsthaft wahrgenommen. Hier leistete das BBE eine erste Sensibilisierung für die dargestellte Problematik.

Dr. Klein weist darauf hin, dass die Hartz IV-Konstruktion erstmals eine Monetarisierung von gemeinnütziger Arbeit darstellt, die mittels Sanktionsdruck – bspw. durch Kürzung des Arbeitslosengeld II – durchgesetzt werde. Dieser finanzielle Zugewinn stelle seines Erachtens eine Form des Bürgergelds dar, das im Diskurs über Hartz IV jedoch nicht als solches benannt wird. Dr. Klein betont, dass bürgerschaftliches Engagement von einer Kultur der Freiwilligkeit lebe. Dem gegenüber stehe das arbeitsmarktpolitische Instrument, wie es Hartz IV darstellt, das sanktionsbewährt vorgeht.

Einige Schwierigkeiten, die bisher beim Einsatz von MAE-Kräften aufgetreten sind, werden von Dr. Klein vorgestellt. So gestaltet sich der Einsatz von MAE-Kräften außerhalb der bezirklichen Grenzen als schwierig und unflexibel. Damit wird der fließende Übergang von Freiwilligem Engagement zu Hartz IV erschwert.

Dies ergibt einen Prinzipienkonflikt, der so aussehen kann, dass langjährig tätigen Freiwilligen, über Hartz IV andere Einsatzstellen zugewiesen werden. Hier können die Träger oft nicht die für sie und die Freiwilligen nutzbringende Umwandlung von freiwilligem Engagement in eine MAE-Anstellung erreichen.

Für diese Probleme sollten die regionalen Beiräte, als steuerndes Korrektiv ansprechbar sein und über die Engagementverträglichkeit entscheiden. Die Erfahrungen zeigen jedoch, dass sich dieses Gremium nicht im gewünschten Umfang mit der Thematik beschäftigt.

Hartz IV und die damit einher gehenden Effekte auf den Dritten Sektor sind ein randständiges Thema, da Hartz IV vorrangig als arbeitsmarktpolitisches Instrument gesehen wird.

Dr. Klein kritisiert diese Sichtweise, da mit Hartz IV die Nutzung der Potentiale des Dritten Sektors und des Bürgerschaftlichen Engagements als Integrationspotential

und Instrument der Arbeitsmarktfähigkeit instrumentalisiert wird. Eine Forschung über Effekte dieser Arbeitsmarktinstrumente auf den Dritten Sektor ist bisher nicht vorhanden.

Als Beispiel für eine umdeklarierte Arbeitsmarktpolitik berichtet Dr. Klein über das Zusatzprogramm 58+ , das seit ca. drei Monaten mit 30.000 Plätzen für hochqualifizierte, motivierte ältere Menschen ab 58 Jahren vom Bundesarbeitsministerium aufgelegt wurde. Zielsetzung der Maßnahme ist de facto nicht die Wiedereingliederung in einen ersten Arbeitsmarkt, sondern eine Überbrückungsmöglichkeit für über 58jährige bis zur Rente. Die Laufzeit der Maßnahme kann bis zu vier Jahren betragen. Dies entspricht nicht mehr der Zielsetzung von Hartz IV, besondere Gruppen (bspw. ältere Arbeitnehmer/innen) in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dr. Klein bezeichnet das Projekt als ein gutes Programm unter falscher Zielsetzung. In seinen Ausführungen geht er von einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit aus, die die Ausrichtung einer neuen Beschäftigungspolitik in Richtung „Tätigkeitsgesellschaft“ umgestalten muss. Dabei geht es nicht mehr primär um die Integration in den ersten Arbeitsmarkt, sondern um die sinnvolle Nutzung abrufbarer Potentiale. Dies kann positive Effekte für den Dritten Sektor haben, setzt jedoch eine Diskursänderung voraus. Die Dritte Sektor-Forschung hat zu Non Profit Organisationen Ergebnisse erarbeitet, die gezeigt haben, dass der Non-Profit-Bereich ein großer Sektor in Deutschland ist, der Anfang der 1990er Jahren über 3% Wachstum und hohe Beschäftigtenzahlen vorzuweisen hatte. Dies brach Mitte der 1990er Jahre wieder ein, da keine Strukturpolitik für den Dritten Sektor gemacht worden ist und keine Infrastrukturangebote, insbesondere im kommunalen Bereich, bereitgestellt wurden.

Die aktuellen und zurückliegenden Beschäftigungsimpulse werden nicht ausgeschöpft.

Dr. Klein spricht die Hoffnung aus, dass die neue Rot-Schwarze Regierung den Mut hat, einen bewussten Diskurs über den Wert und die Anerkennung von Tätigkeiten, jenseits der Erwerbsarbeit, zu führen und zu propagieren.

3. Diskussion

Dr. Jutta Kleber (Arbeit durch Management, DW-Berlin-Brandenburg) berichtet von Ihrem Projekt, Arbeit durch Management über vielfältige Beschäftigungsformen innerhalb der eigenen Einrichtung. Sie beschreibt die Zusammenarbeit der

Hauptamtlichen, Praktikanten, MAE- und ABM-Kräfte und der Freiwilligen als gut. Entscheidend dafür ist eine klare Aufgaben- und Rollendefinition für die jeweiligen Arbeitsprofile. Ihrer Meinung nach ist auf die jeweiligen Motivlagen der Mitarbeiter/innen einzugehen und auch innerhalb des Teams Qualifizierungs- und Lernmöglichkeiten zu eröffnen.

Dr. Dieter Schack (Sozialwerk des Demokratischer Frauenbund, Dachverband) äußert den Wunsch das Thema: Wirkungen von Hartz IV auf Freiwilliges Engagement nicht als Einbahnstraße zu diskutieren, sondern auch auf dessen Rückkoppelungseffekte einzugehen.

Engagement vor. Dr. Schack benennt positive als auch negative Aspekte, die sich seiner Meinung nach aus der Kooperation von Hartz IV und Freiwilligenarbeit ergeben:

1. Am Anfang aller Betrachtungsweisen über Hartz IV und Freiwilliges Engagement muss diese Zusammenarbeit als Managementaufgabe verstanden werden – zu verhindern gilt die Verdrängung von Freiwilligen durch MAE-Kräfte
2. Freiwillige können eine positive Wirkung (Motivation, Erfahrung, Vertrauen) auf MAE-Mitarbeiter/innen im Projekt haben
3. Die Auswahl der MAE-Kräfte sollte den Kompetenzen und dem Teamgeist entsprechen. Zudem müssen sie auf ihre Aufgaben gut vorbereitet und geschult werden, dazu gehört auch die Zusammenarbeit mit Freiwilligen.
4. MAE-Kräfte sollten nach Ablauf ihrer MAE-Einsatzphase für freiwilliges Engagement gewonnen werden.
5. Eine kontinuierliche Analyse der Teamarbeit, insbesondere zwischen MAE-Kräften und Freiwilligen, ist für eine gute Zusammenarbeit innerhalb des Projekts notwendig.
6. Ein kontinuierlicher Erfahrungsaustausch unter den Projekten, die mit MAE-Kräften und Freiwilligen arbeiten, sollte hergestellt werden.

Andreas Schmidt: (Freiwilligenkoordinator für Freiwilligendienste im Caritas Verband Berlin) weist darauf hin, dass die Begriffe der gemeinnützigen Arbeit und der Freiwilligenarbeit nicht differenziert diskutiert werden. Die Caritas trennt die arbeitsorganisatorische Zuständigkeit der MAE-Stellen, die zu den angestellten

Mitarbeiter/innen gehören, vom Bereich der Freiwilligendienste und den Freiwilligen. Damit ist eine strikte Trennung durch das Management gegeben. Bei einer Durchmischung der Mitarbeiter/innen aus verschiedenen Statusgruppen muss auf die jeweilige Motivation und Engagementbereitschaft der Mitarbeiter/innen eingegangen werden. Herr Schmidt bestätigt die Rückläufigkeit von Tätigkeitsangeboten für Freiwillige, seit MAE-Kräfte in den Projekten mitarbeiten. Die genaue Zahl ist noch nicht quantifizierbar, die Tendenz gilt für Caritasorganisationen in Berlin und Brandenburg.

Sabine Werth (Berliner Tafel): Der Stellenwert der MAE-Kräfte hängt nach Worten von Frau Werth von der Organisationsstruktur der Projekte ab. Je nach quantitativem Verhältnis von Hauptamtlichen und Freiwilligen lassen sich diese mehr oder weniger durch MAE-Kräfte verdrängen. Am Beispiel der Berliner Tafel und des Kinderrestaurants, die reine Freiwilligenprojekte sind, gibt es keine Verdrängung der Hauptamtlichen bzw. Freiwilligen. Das Projekt „Leib und Seele“ (Essensausgabe in Kirchengemeinden) arbeitet ausschließlich mit 50 MAE-Kräfte, die keine Freiwilligen in ihrem Zuständigkeitsbereich zulassen. Es ist festzustellen, dass MAE-Kräfte die Arbeiten erledigen, die von Freiwilligen ungern geleistet werden. Die Diskussion steht am Anfang und muss weitergeführt werden, da die neue Konstellation durch MAE-Kräfte einer sehr sensiblen Beobachtung und Gestaltung der Personalentwicklung bedarf.

Carola Schaaf-Derichs (Treffpunkt Hilfsbereitschaft) gibt zu bedenken, dass in skandinavischen Ländern die Diskussion über „0-Euro –Jobs“ geführt wird. Daher stehen wir mit dieser Entwicklung in Deutschland noch sehr am Anfang.

Carmen Mallig (Humanistischer Verband LV Berlin) berichtet von guten Erfahrungen mit MAE-Kräften. Bereits im September 2004 wurde ein Vorstandsbeschluss erarbeitet, der MAE-Mitarbeiter/innen als vollwertige Mitarbeiter/innen in die Teamarbeit integriert. Sie gibt zu bedenken, dass für diese Mitarbeiter/innen finanzielle Mittel zur Einarbeitung, Qualifizierung und Betreuung bereitgestellt werden, auf die diese Menschen ein Anrecht haben. Frau Mallig betont, dass bereits sieben MAE-Mitarbeiter/innen von ihrem Träger übernommen werden konnten. Dies kann als gelungenes Beispiel für die Integration in den ersten Arbeitsmarkt aufgrund von Hartz IV gesehen werden. Eine andere Entwicklung zeigt

laut Frau Malling, dass AGL II Empfänger/innen, die keine MAE-Stelle bekommen haben, sich für eine freiwillige Mitarbeit im HVD bereit erklärten.

Frau Malling berichtet von einer entlastenden Funktion der MAE-Mitarbeiter/innen in der Projektarbeit, damit können die Freiwilligen ausschließlich ihren eigentlichen Aufgaben nachkommen. Sie schildert ein weiteres positives Beispiel des Engagements einer MAE-Mitarbeiterin, die ein neues Projekt für Betroffene von Macula-Degeneration initiiert hat und im HVD verankern konnte.

Dr. Ansgar Klein (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement)

Da es eine große Nachfrage bei MAE-Stellen gibt, hält Dr. Klein die Sanktionsdrohung bei gemeinnütziger Arbeit für sehr fragwürdig. Er plädiert für eine Kultur der Freiwilligkeit auch für die gemeinnützige Arbeit. Eine Sanktionsdrohung mache mehr kaputt als sie nütze. Das Problem der Laufzeitbegrenzung bei MAE-Stellen von sechs bzw. neun Monaten wird von vielen Einsatzstellen kritisiert. Im Falle einer Laufzeitverlängerung wäre Hartz IV eine eindeutig beschäftigungspolitische Maßnahme. Die Workfare-Diskussion (staatliche Subvention für gemeinnützige Arbeit) geht in Richtung einer Grundsicherungsdebatte, dies ist im Modell des bereits erwähnten „58 plus-Programms“ bereits in dieser Richtung verwirklicht worden. Eine nachhaltige Instrumentalisierung von Hartz IV in Richtung Grundsicherung ist noch Zukunftsmusik, die bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit geführt werden muss.

Dr. Eberhart Löhnert (Paritätischer Wohlfahrtsverband LV Berlin)

konstatiert, dass Hartz IV zu größerer Armut, insbesondere Kinderarmut und zum Absinken des Lebensstandards in der Gesellschaft führt. Der Aspekte von Hartz IV, Menschen wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen, muss positiv bewertet werden. Bisher gibt es noch zu wenig Evaluation zu dieser Entwicklung. Ein weiterer positiver Effekt ist, dass MAE-Kräften nach Ablauf der Maßnahmen weiterhin als Freiwillige bei ihrem Beschäftigungsträger tätig sind. In der Gegenrichtung kann für einen Freiwilligen, wenn die Bedingungen stimmen, innerhalb des Projektes eine MAE-Stelle geschaffen werden, die dem Projekt und dem/r MAE-Mitarbeiter/in zugute kommen. Die bezirklichen Beiräte sollten die Zusätzlichkeit der MAE-Stellen klären. Mit Verabschiedung der Positivliste wurde eine weitgehende Einvernehmlichkeit erreicht.

Die Gefahr der Verdrängung von bürgerschaftlichem Engagement ist gegeben und müsse von den Trägern ernst genommen werden und über adäquates Management reduziert werden. Er schlug vor, ein gemeinsames Anschreiben an die Beiräte zu verfassen, in dem auf die Problematik der Verdrängung von Freiwilligen durch MAE-Kräfte hingewiesen werde. Auf diese Auswirkung wurde von den Beiräten bisher noch nicht eingegangen. Dr. Löhnert bewertet das Angebot der 58-plus Maßnahmen als äußerst positiv. Nach seinen Worten müsse die Diskussion um ein Renteneintrittsalter von 67 Jahren in die Richtung forciert werden, dass leistungsfähige ältere

Mitarbeiter/innen in den Betrieben bis zum Renteneintritt beschäftigt bleiben und nicht sozialstaatlich abgedeckt werden müssen.

Carola Schaaf-Derichs (Treffpunkt Hilfsbereitschaft)

stellt die bewusst provokante Frage, warum es so gesehe eine individuelle Engagementförderung über den Umweg der Arbeitsmarktförderung durch Hartz IV gebe. Der tatsächliche Output ist, nach Stand der heutigen Diskussion, nicht als Nutzen für den gemeinnützigen Sektor gedacht, sondern als Gemischtwarenladen, der weder Beschäftigungsförderung noch Engagementförderung nachhaltig bedient.

Andreas Schmidt: (Freiwilligenkoordinator für Freiwilligendienste im Caritas Nach seinen Erkenntnissen findet in den Job Centern keine Beratung der Hartz IV-Empfänger statt, in wie fern sie Freiwilligendienste weiterführen können, bzw. welcher Zeitfaktor für Freiwilligenarbeit, trotz einer MAE-Maßnahme zugelassen ist. Herr Schmidt stellt auch die Frage, wie hoch eine Aufwandsentschädigung bei Bezug von Mehraufwand sein darf. Es gibt seines Wissens keine klare Berechnungsgrundlagen. Er regt an, diese finanziellen und zeitlichen Unsicherheiten zu klären.

Klaus Ehrenheim (Sozialwerk Berlin e.V.) berichtet über die Schwierigkeiten MAE-Kräfte in den sehr speziellen Bereich der Besuchsdienste im Sozialwerk aufzunehmen. Interessierte Freiwillige aus einem anderen Bezirken, konnten bisher nicht als MAE-Kräfte aufgenommen werden.

Dieter Henke (stellvertretender Geschäftsführer des Job-Centers Friedrichshain-Kreuzberg) erklärt die aktuelle Situation in den Job Centern, die davon gekennzeichnet ist, dass ein Teil der Mitarbeiter/innen noch nicht an Bord ist und sich dieser Prozess bis Anfang 2006 hinziehen wird. Das bedeutet, dass die Job-Center noch nicht voll leistungsfähig sind, so wie sie in den Vorstellungen des Gesetzgebers vorgesehen sind. Es werden im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg 42.000 erwerbslose Menschen betreut, das überschreitet deutlich die vorgesehen Zahl. Die gesteckten Qualitätsstandards für die Vermittlungs- und Betreuungsarbeit werden erst in den nächsten zwei Jahren erreicht werden, der Aufbau von neuen Organisationsstrukturen und die Mitarbeiterschulung kann nur in mehreren Etappen ablaufen.

Zu Hartz IV erklärt Herr Henke, dass nach wie vor mehr Nachfrage als Angebote vorhanden sind. Nach seiner Vorstellung müsste immer eine passgenaue Vermittlung in die MAE-Stellen erreicht werden. Die Vermittler fragen dabei nach Eignung und Neigung, es ist nicht das Interesse Menschen in falsche Maßnahmen zu zwingen. Herr Henke schildert auch die Fälle in denen Menschen motiviert werden müssen und z.T. auch über Sanktionen geleitet werden. Das vorrangige Ziel ist eine soziale Integration zu erreichen, die aber in einigen Fällen nicht gelingt.

Zu den gestellten Fragen äußert Herr Henke, dass es einen Freibetrag von 100 Euro pro Monat gibt, der anrechnungsfrei auf das Arbeitslosengeld bleibt. Bei den zeitlichen Bestimmungen gibt es keine konkreten Vorgaben, es wird im Einzelfall darüber entschieden. Der Vermittler muss entscheiden, wie hoch der Zeiteanteil ist, der ohne die Verfügbarkeit einzuschränken, einer freiwilligen Tätigkeit nachgegangen werden kann. Ein vertrauensvolles Gespräch mit dem Vermittler, dass das freiwillige Engagement des ALG II-Empfängers offenlegt, wird im Job Center von Herrn Henke nicht dazu führen, dass er/sie Nachteile dadurch erfährt. Die Einarbeitung der neuen Kollegen führt oft zur Verunsicherung in diesen speziellen Fragen. Bei Schwierigkeiten sollten sich die Kunden an die vorgesetzte Stellen wenden. Für alle Entscheidungen steht jedoch immer die Maßnahme zur Integration in den Arbeitsmarkt im Vordergrund.

Zur Frage der überbezirklichen Vermittlung von MAE-Kräften äußert sich Herr Henke wie folgt. Es gibt keine Vorschrift, die besagt, dass nicht über die Bezirksgrenzen hinaus in MAE-Stellen vermittelt werden darf, die Grenzen der Förderung sind aber an die Bezirke gebunden. Daher ist die Finanzierung des Trägers der Maßnahme bezirksgebunden, der Einsatzort kann aber in ganz Berlin liegen.

Carmen Malling (Humanistischer Verband LV Berlin)

stellt die Frage nach der Wegeunfallversicherung der MAE-Mitarbeiter/innen. Des Weiteren reklamiert Frau Malling die sehr unterschiedlichen Verfahrensformen in jedem bezirklichen Job-Center. Diese erschweren die bürokratische Abwicklung der MAE-Stellen, insbesondere für Träger mit verschiedenen bezirklichen Einsatzstellen. Eine Vereinheitlichung, im Sinne einer Vereinfachung, wäre dringend geboten.

Sabine Werth (Berliner Tafel e.V.)

schildert die Situation der bezirklichen Grenzen als problematischer als von Herrn Henke dargestellt. Sie betont, dass eine fremdbezirkliche Vermittlung nur dann möglich sei, wenn der Beschäftigungsträger im gleichen Bezirk wie der Wohnort des MAE-Aspiranten liegt. Sie beantwortet die Frage nach der Wegeunfallversicherung dahingehend, dass diese Versicherung, wie für die Ehrenamtlichen, über die Berufsgenossenschaft abgeschlossen werden muss.

Frau Oberberg (Brückenschlag e.V.)

stellt die Frage, wie eine Kontrolle vor Mißbrauch der MAE-Stellen in Bezug auf bezahlte Arbeitsplätze des ersten Arbeitsmarkts sichergestellt werde.

Dieter Henke (stellvertretender Geschäftsführer des Job-Centers Friedrichshain-Kreuzberg) geht davon aus, dass der Wegeunfall im Rahmen der MAE-Maßnahme über die Berufsgenossenschaft des Trägers gewährleistet ist. Herr Henke bestätigt, dass es regionale Unterschiede zwischen den Bezirken gebe, die auch z.T. wünschenswert seien, aber für die Praxis nicht überbürokratisierend sein dürfen. Er schätzt die Chancen für eine generelle Vereinheitlichung der Arbeit aller 12 Berliner Job-Center für eher gering ein. Das Job-Center Friedrichshain-Kreuzberg arbeitet bspw. derzeit mit 90 verschiedenen Trägern zusammen, diese Vielfalt gelte jedoch nicht für alle Bezirke.

Es gebe alle 2-3 Monate einen Erfahrungsaustausch auf der Geschäftsführerebene zwischen den Job Centern. Dies ist nach Worten von Herrn Henke nicht ausreichend, es soll im kommenden Jahr intensiviert werden.

Monika Oels (Berliner Senatskanzlei)

wirft die Frage auf, warum Aufwandsentschädigungen, die über eine bestimmte Höhe gehen, wie bspw. bei Bezirksverordneten, mit Hartz IV Leistungen verrechnet werden. Hier liegt ihrer Meinung nach eine Ungleichbehandlung vor, die nicht gerechtfertigt ist.

4. Resümee

- **Der Erfahrungsaustausch für eine gute Praxis mit allen Beteiligten und Verantwortlichen war bei diesem Runden Tisch der erste Einstieg in das Thema Hartz IV und freiwilliges Engagement. Es müsse eine Kontinuität darin geben, da die Entwicklung einer hohen Aufmerksamkeit bedarf.**
- Es wurden positive, als auch negative Effekte durch den Einsatz von MAE-Kräften aus den Projekten berichtet.
- Die Kooperation zwischen Job-Centern und Trägern ist entscheidend für eine gelingende Vermittlung von MAE-Kräften.
- Die volle Funktionsfähigkeit der Job Center wird erst in einigen Jahren erreicht sein, daher ist die Vermittlung in manchen Fällen bisher suboptimal gelaufen.
- Die Integration von MAE-Mitarbeitern/innen innerhalb der Projekte muss als Managementaufgabe einer gezielten Personalentwicklung gesehen werden.
- Es soll ein gemeinsames Anschreiben an die bezirklichen Beiräte, die die Umsetzung von Hartz IV begleiten, verfasst werden, in dem auf die Problematik der Verdrängung von Freiwilligen durch MAE-Kräfte hingewiesen wird.
- Die Positivliste des Senats ist sinnvoll und nützlich für die Feststellung der Zusätzlichkeit der MAE-Einsatzstellen, muss aber kontinuierlich aktualisiert werden.
- MAE-Maßnahmen dienen nur bedingt der Förderung von freiwillig-bürgerschaftlichem Engagement. In der jetzigen Konstruktion wird Hartz IV nicht als beschäftigungspolitische Maßnahme behandelt, in Zukunft wird eine Debatte darüber notwendig werden.

Dokumentation des 3. Runden Tisches 2005

„Strukturatlas Bürgerschaftliches Engagement in Berlin“

<u>Veranstalter:</u>	Treffpunkt Hilfsbereitschaft
<u>Koordination:</u>	Barbara Weigl und Carola Schaaf-Derichs
<u>Moderation:</u>	Carola Schaaf-Derichs
<u>Patin:</u>	Dr. Peter-Rudolf Zotl, MdA, PDS-Fraktion
<u>Referenten/in:</u>	Prof. Dr. Stephan Wagner, Paritätische Akademie Prof. Dr. Gerhard Meinlschmid, Sen. Verwalt. Soz., Ges., Verbr. Dr. Herbert Scherer, Verband für sozial-kulturelle Arbeit Christina Emmrich, Bezirksbürgermeisterin Lichtenberg
<u>Ort:</u>	Berliner Abgeordnetenhaus
<u>Datum:</u>	20. Februar 2006, 17:00 bis 19:00 Uhr

2. Begrüßung und Einführung durch Herrn Dr. Zotl und Frau Schaaf-Derichs

In seiner Einführung betont Herr Dr. Zotl, dass Bürgerschaftliches Engagement einen wesentlichen Teil der Zivilgesellschaft ausmacht. Für dessen bessere Steuerung kann es sinnvoll sein ein Instrument zu entwickeln, das Angebot und Nachfrage von Bürgerschaftlichem Engagement abbildet und dadurch eine Lotsenfunktion ausübt. Dies könne zunächst exemplarisch in ein bis zwei Stadtteilen erprobt werden.

Als Analyseebene könne es hilfreich sein die Daten des bereits existierenden Sozialstrukturatlas und Daten über Bürgerschaftliches Engagement übereinander zu legen um Strukturen zu erkennen. Zu diesen Überlegungen erwarte er sich Aufschluss durch die folgenden Experten/innenbeiträge.

2. Expertenbeiträge

Prof. Dr. Meinlschmidt gibt einen kurzen Einblick in die vorliegenden Daten des Sozialstrukturatlas. Darin werden Erkenntnisse aus statistischen Daten gewonnen, die Aussagen zu bspw. Bildung, Arbeitslosigkeit, Gesundheitsentwicklung, Armut, Lebenserwartung etc. in den Berliner Bezirken erlauben.

Dr. Meinlschmidt sieht die Zielsetzung eines Engagementstrukturatlas in der Bestandsaufnahme der Potentiale und der sozialen Infrastruktur, das Angebot und Nachfrage beurteilt, um daraus ein zielgerichtetes Instrument der politischen Förderung entwickeln zu können. (s. auch Redebeitrag im Anhang)

Prof. Dr. Wagner gibt einen Einblick in die Daten des Freiwilligen surveys von 1999 und 2004. Darin sind die Berliner Bezirke die Bezugsgröße der Erhebung. Der Survey verbindet objektive Daten wie soziodemografische Angaben mit subjektiv erhobenen Daten. Diese Daten korrespondieren nicht zwangsläufig miteinander. So gibt es in sozial schwachen Bezirken ein vergleichsweise hohes Bürgerschaftliches Engagement. Ergebnisse des Surveys zeigten eine niedrigere Engagementquote in den östlichen Berliner Bezirken. Erstaunlich erscheint auch ein höherer Informationsbedarf in Bezirken, in denen bereits Freiwilligenagenturen vertreten sind. Sinnvoll wäre ein nach Bezirken sortierter Angebotsatlas. (s. auch Redebeitrag im Anhang)

Bei Nachfragen wurde die Tragfähigkeit der Daten des Berliner Freiwilligen surveys aufgrund der geringen Fallzahlen kritisiert. Dr. Wagner bezeichnete die Surveydaten im Vergleich zu anderen Befragungen als repräsentativ. Er wies auf die entstehenden Kosten von differenzierteren Erhebungen hin.

Dr. Scherer stellt zwei Zielrichtungen eines Engagementstrukturatlas' heraus. Dieser könne entweder *über* oder *für* das Bürgerschaftliche Engagement angelegt sein. Er zieht ein Vergleich mit dem bereits existierenden Jugendhilfeatlas. Darin werden Angebote der Jugendhilfe adressenbezogen pro Quartier erhoben und im Internet zugänglich gemacht. Diese detaillierte Darstellung der Angebote könne ein Beispiel für die Erfassung aller Engagementangebote in einem ausgewiesenen Lebensraum sein. (s. auch Redebeitrag im Anhang)

Christina Emmrich betont, dass im Bezirk Lichtenberg durch eine dezentrale Koordinierung bereits Maßnahmen wie Quartiersmanagement und Monitoring in den Kiezen durchgeführt werden. Entscheidend sei dabei die ressortübergreifende Zusammenarbeit in der bezirklichen Verwaltung. Vorteilhaft wirke sich auch der Bürgerhaushalt auf diese Bemühungen aus, der eine ressortübergreifende Politik fördere. In sog. Stadtteilprofilen werden 13 Ist-Situationen über die Lichtenberger

Stadtteile im Internet veröffentlicht. Dabei ergeben sich in den 13 Stadtteilen sehr unterschiedliche Sozialstrukturen.

In regelmäßigen Zeitabschnitten werden bei sog. Stadtteilkonferenzen neue Zielbestimmungen für die Stadtteilpolitik erarbeitet. Darin stellt die Weiterentwicklung des Bürgerschaftlichen Engagements einen wichtigen Aspekt dar. Im Bezirk Lichtenberg werden derzeit zwei Freiwilligenagenturen gefördert. Oftmals bildet die objektive Sozialstruktur nicht die subjektive Zufriedenheit der Einwohner/innen ab. Frau Emmrich warnt davor Bürgerschaftliches Engagement nicht zum Ersatz für kommunale Leistungen werden zu lassen.

4. Diskussion

O.E. Müller spricht sich bei der Zielrichtung des Engagementstrukturatlases für eine angebotsorientierten Erhebung aus, die potentielle Akteure über Engagementangebote informiert. Bezugsgröße sollte der Lebensraum (Kiezbezug) der Engagierten sein.

Sibylle Volkholz wünscht sich ein Internetportal über das sie Multiplikatoren für die Suche nach Freiwilligen für Ihr Projekt findet. Sie möchte wissen, ob die als „bee-port“ bei „berlin.de“ eingestellten Seiten dafür zur Verfügung stehen.

Horst Ulrich bezieht sich auf die Frage zu „bee-port“. Dort finden sich mittlerweile 700 Einträge von gemeinnützigen Vereinen und Organisationen. Für die Pflege der Plattform wird eine Redaktion gesucht. Guide Star käme für eine Kooperation in Frage.

Carola Schaaf-Derichs fragt nach, wer die Zielgruppe eines Strukturatlas sein könnte.

Monika Oels hält bei einem Internetportal einen thematischen Zugang für wichtig. Eine geeignete Plattform müßte nach verschiedenen Eigenschaften sortiert sein.

Dr. Martin Vogelsang hebt hervor, dass das Anliegen von Guide Star die Schaffung von Transparenz über die erfassten Organisationen ist. Detaillierte Informationen

eröffnen eine Vergleichsmöglichkeit zwischen den Anbietern. Damit lassen sich auch Überschneidungen und Synergien erkennen. In Großbritannien wurde das System von Guide Star in diese Richtung weiter entwickelt. In Ungarn und Berlin sind Pilotprojekte im Ansatz.

Dr. Peter-Rudolf Zotl hebt die Synergieeffekte und die bessere Bedarfserkennung eines Engagementstrukturatlases hervor. Nach seiner Einschätzung ist ein Berliner Großbezirk als Bezugsgröße zu groß. Daher wäre die Stadtteil- bzw. Kiezdimension für eine Erhebung relevant. Dr. Zotl fragt auch noch einmal für welche Zielgruppe(n) die Daten wichtig sind. Aus seiner Sicht sind es die Bürger/innen, die die Informationen als Lotse benutzen können. Für die Träger und die Verwaltung sind die Aussagen zu Ressourcen und Bedarfen, bezogen auf einen Planungsbereich von Interesse. Damit könnte eine stärkere Zielgerichtetheit der Engagementsteuerung erreicht werden.

Christina Emmrich erklärt sich bereit für den Bezirk Lichtenberg einen Engagementstrukturatlas entwickeln zu lassen. Sie habe gute Erfahrungen mit einer Reformagenda. Dadurch müsse sich die Verwaltung mit dem Bürgerschaftlichen Engagement besser verzahnen. Frau Emmrich sieht den Engagementstrukturatlas als Reformagenda für ihren Bezirk.

Georg Zinner bekräftigt, dass das Bürgerschaftliche Engagement eine freiwillige Angelegenheit sei und nicht der Erfassung und Steuerung bedarf, sondern der Förderung von Infrastrukturen, die Bürgerschaftliches Engagement ermöglichen. Herr Zinner sieht in einem Engagementstrukturatlas nur ein technokratisches Konzept, das die Verwaltung befriedigt. Nichtsdestotrotz hält er Transparenz und Qualität des Bürgerschaftlichen Engagements für wichtig. Für die Informationsvermittlung hält er Anlaufstellen und Freiwilligenagenturen für bedeutsam. Herr Zinner betont, dass Bürgerschaftliches Engagement eine Bewegung ist und nicht verbürokratisiert werden dürfe.

Dr. Peter-Rudolf Zotl stellt zu Herrn Ziners Ausführungen kein Gegensatz fest. Für die Expansion von Bürgerschaftlichem Engagement ist ein bestimmter Anteil von Steuerung notwendig.

Herr Vossel fragt, ob es eine neue Form der Darstellung für Engagementangebote geben müsse. Er verweist auf die Internetplattform „Bürger-aktiv“ in der die Organisationen bereits nach Stadtteil bzw. Kiez sortiert sind. Bei der Erstellung neuer Atlanten müsse man sich immer im Klaren darüber sein, wer die Pflege und Aktualisierung leistet und bezahlen kann.

Ulrich Wiebusch hält es für fraglich aufgrund eines Aktivitätsgrades des Bürgerschaftlichen Engagement eines auf die Sozialstruktur eines Stadtteils zu schließen, bzw. daraus förderpolitische Entscheidungen abzuleiten. Es muss sich dabei vorab klargemacht werden, was Bürgerschaftliches Engagement bewirken könne bzw. bewirken soll. Herr Wiebusch hält reine Steuerungsaspekte als Zielsetzung eines Engagementstrukturatlas‘ für problematisch. Für ihn sind Transparenz und Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements vorrangig.

Andreas Schmidt hält eine dezentrale Struktur der Angebote für wichtig, dabei sind die Inhalte wichtiger als die Statistik. Einen Überblick über Träger und Angebote käme dem Berliner Landesnetzwerk für Bürgerschaftliches Engagement zu Gute. Eine neue Plattform müsse eine breite Zielperspektive haben und nicht nur staatliche Angebote aufnehmen.

Carola Schaaf-Derichs äußert in ihrem Schlusswort die Zielvorstellung eines Engagementstrukturatlases, der nicht nur eine Bestandsaufnahme über bürgerschaftliche Angebote erstellen soll. Bürgerschaftliches Engagement hat ein vitales Interesse und bedarf der Förderung, aber auch Steuerungselementen in gezieltem Rahmen. Zur Verdichtung von Möglichkeiten und Förderung von Synergien ist ein Engagementstrukturatlas zu erwägen. Über das weitere Vorgehen diesbezüglich müsse die Diskussion fortgesetzt werden.

4. Resümee

Zielsetzung eines Engagementstrukturatlas

- Bestandsaufnahme der Potentiale in Abgleich zur sozialen Infrastruktur
- Lotsenfunktion für Bürgerschaftliches Engagement
- Steuerungselement in vorgegebenem Rahmen
- Erfassung von Angebot und Nachfrage von Bürgerschaftlichem Engagement
- Zielgerichtetheit der Engagementförderung
- Förderung von Synergien
- Förderung von Transparenz und Qualität des Bürgerschaftlichem Engagement
- Vergleichsmöglichkeit zwischen den Anbietern von Bürgerschaftlichem Engagement

Kritik an einem Engagementstrukturatlas

- Bürgerschaftliches Engagement ist eine Bewegung und darf nicht verbürokratisiert werden
- Erfassung und Steuerung von Bürgerschaftlichem Engagement ist kontraproduktiv, da es eine freiwillige Angelegenheit ist
- Bürgerschaftliches Engagement darf nicht als Ersatz für kommunale Leistungen funktionalisiert werden

Methode

- Möglichst lebensraumorientierte Bezugsgröße der Datenerfassung z.B. Stadtteil oder Kiez
- Datensortierung nach verschiedenen Eigenschaften anlegen
- Engagementstrukturatlas als einmalige Datenerhebung oder sich aktualisierende Plattform
- Frage der Finanzierung von Pflege und Redaktion einer permanenten Plattform